

### 6.3 Verurteilung des nationalsozialistischen Terrors seitens der Bürgerpartei

Für die Bürgerpartei ist im Frühling 1933 noch zu sehen, wie versucht wurde, sich selbst als „nationale Bewegung“ auf Linie sowohl mit Nazideutschland als auch mit dem autoritären Kurs Österreichs zu stellen.<sup>307</sup> Doch infolge des Konflikts zwischen Nationalsozialismus und Austrofaschismus bezog die Bürgerpartei deutlich Stellung für letzteren. So führte das Volksblatt bei einem Besuch Dollfuss‘ in Vorarlberg aus, wie geschlossen Vorarlberg hinter Dollfuss stehe: „Die Terroristen wissen nun, dass sie im Volke keinen Anhang von Bedeutung haben. Denn das arbeitende Volk [...] hat [...] Kund getan, dass es mit Dollfuss den deutsch christlichen Staat will: Oesterreich über alles!“<sup>308</sup> Im Kontext des Juli-Putsches verurteilte das Volksblatt jene „Gangstermethoden in der Weltpolitik.“<sup>309</sup> Im Gegensatz dazu wurde Dollfuss als Kanzler gefeiert, der für sein Vaterland starb und dessen Vermächtnis in Österreich weiterleben werde.<sup>310</sup> Ferner erläuterte das Blatt, dass der Nationalsozialismus für Liechtenstein abzulehnen sei, wie auch indirekt Kritik an der diktatorischen Herrschaft der nationalsozialistischen Partei in Deutschland geübt wurde, indem es das liechtensteinische Sprichwort „Grossa Gewalt wüart net alt“ anführte.<sup>311</sup> Dem folgend bezog das Volksblatt auch eindeutig Stellung gegen die NS-Sympathien im Heimatdienst<sup>312</sup> wie auch gegen die antisemitischen Hetzkampagnen im Liechtensteiner Heimatdienst und Vaterland.<sup>313</sup>

Es ist zu erwähnen, dass trotz der bekundeten Solidarität mit Österreich sich die Regierung offenbar keiner Illusionen über die schwache Verankerung des austrofaschistischen Regimes hingab. Dies belegt ein Schreiben der Regierung an das Eidgenössische Politische Departement im Januar 1934.<sup>314</sup> Jener Monat war geprägt von einer besonders intensiven nationalsozialistischen Terrortätigkeit in Österreich.<sup>315</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt erläuterte die liechtensteinische Regierung dem Politischen Departement, dass es nicht ausgeschlossen sei, „dass über kurz oder lang dort [in Österreich] die nationalsozialistische Bewegung die Oberhand gewinnt und die Macht übernehmen wird.“<sup>316</sup> Für diesen Fall wurde ein Ansturm an politischen Flüchtlingen aus Österreich nach Liechtenstein befürchtet, so dass das momentane schweizerische Grenzwachtkorps zur wirksamen Kontrolle der Grenzen nicht mehr fähig sei,

---

<sup>307</sup> VB, 13.5.1933, S. 1.

<sup>308</sup> VB, 3.7.1934, S. 4.

<sup>309</sup> VB, 28.7.1934, S. 1.

<sup>310</sup> Ebd.

<sup>311</sup> VB, 13.4.1933, S. 2.

<sup>312</sup> VB, 13.2.1936, S. 2.

<sup>313</sup> VB, 2.7.1935, S. 1, VB, 13.6.1936, S. 3, und VB, 16.6.1936, S. 2.

<sup>314</sup> LI LA RF 143/098/001, Schreiben der liechtensteinische Regierung an EPD, 25.1.1934.

<sup>315</sup> Walser, Die illegale NSDAP in Vorarlberg und Tirol, S. 82.

<sup>316</sup> LI LA RF 143/098/001, Schreiben der liechtensteinischen Regierung an EPD, 25.1.1934.